

Die Grüne Welt

In einem Interview mit der Berliner Morgenpost erklärt uns heute die Fraktionsvorsitzende der Grünen, **Antje Kapek**, ihre Vision einer Verkehrswende in Berlin, nachzulesen unter:

<https://www.morgenpost.de/berlin/article229307636/Wir-sind-die-einzigen-die-eine-Vision-fuer-die-Verkehrswende-haben.html>

Kapek verteidigt den in einer Studie gemachten Vorschlag eines verpflichtenden ÖPNV-Tickets. An keiner Stelle des Interviews geht Kapek darauf ein, dass sich der Regierende Bürgermeister **Michael Müller** (SPD) bereits gegen das Projekt ausgesprochen hat: „Das geht so nicht!“ Und „Das wird so mit uns nicht umzusetzen sein!“, sagte er am Donnerstag in der Abendschau. In dem Interview wurde auch nicht danach gefragt. Vielleicht wurde es vor Donnerstagabend geführt.

„Es ist eine Frage der Fairness: Wenn ich als Radfaherin und Fußgängerin den Ausbau der A100 mitfinanzieren muss, dann darf das auch andersherum für den öffentlichen Nahverkehr gelten. Denn von einem guten ÖPNV-Netz profitiert ganz Berlin“, sagte Grünen-Fraktionsvorsitzende **Antje Kapek** der Berliner Morgenpost. Der Ausbau der A100 wird nach meinem Kenntnisstand vom Bund, und zwar vornehmlich aus der KfZ-Steuer finanziert. Das Zwangsticket für den ÖPNV zahlt jedoch jeder Berliner aus eigener Tasche. Jeder Bürger beteiligt sich mit seinen Steuern und Gebühren an den Kosten für das öffentliche Straßenland. Das ist gerecht, denn jeder nutzt es und hätte abends auch gern, wenn die Straßen und Gehwege beleuchtet sind. Auch Autofahrer fahren nicht nur Auto, sondern sind auch als Fußgänger und ggf. Radfahrer unterwegs. Was soll also dieses ständige Ausspielen der Grünen von Radfahrern gegen Autofahrer und Fußgänger gegen alle?

Obwohl bisher die Politik immer zugesagt hat, dass notwendige Investitionen nicht unter Corona leiden dürfen, erklärt Kapek jetzt, dass „die Staatskasse wegen der Corona-Krise nicht mehr gut genug gefüllt sei, um stark in den weiteren Ausbau des Nahverkehrs zu investieren.“ „Es ist daher unsere Pflicht, eine dritte Finanzierungssäule neben den Tarifen und der staatlichen Finanzierung zu finden, damit wir nicht nur mehr Strecken bauen, sondern auch Takte erhöhen können“, sagt Kapek im Interview mit der Berliner Morgenpost. Corona dient als Begründung für das Zwangsticket. Es wird immer unerträglicher, was die Grünen von sich geben. Lassen wir an dieser Stelle mal die Überlegungen, wie Studien zustande kommen und wer sie bezahlt beiseite. Es heißt zwar „Dänen lügen nicht!“, wissen sie aber auch alles? Das

Zwangsticket empfiehlt uns die dänische Beratungsgesellschaft „Ramboll“, die Methode der Umsetzung durch die Grünen erinnert allerdings mehr an Rambo.

Kapek ist davon überzeugt, dass das Modell die „Finanzierung des Nahverkehrs“ „revolutionieren“ würde, „indem mehr Angebot geschaffen und es gleichzeitig bezahlbarer für die Fahrgäste werde.“ Profitieren würden die Vollzahler von Jahreskarten, das ist richtig, statt knapp 880 Euro nur noch 570 im Jahr. Obwohl an keiner Stelle davon die Rede ist, bleibt es vermutlich bei dem kostenlosen Schülerticket. Aber alle anderen, die nur gelegentlich den ÖPNV nutzen, müssten auch zahlen. Das nennt Frau Kapek dann perfider Weise auch noch „Soli-Ticket“. Menschen mit geringen Einkommen und Rentner sollen aber weniger zahlen, verspricht Frau Kapek. Als Rentner zahle ich 540 Euro für die Jahreskarte, meine Ersparnis hielte sich also in Grenzen. 544 Millionen Euro Einnahmen jährlich prognostizieren die Dänen, wenn ihre Studie umgesetzt wird.

Nein, es muss andere Finanzierungsmodelle geben. Inzwischen darf ernsthaft bezweifelt werden, ob die Grünen in der Lage sind, eine Verkehrswende herbeizuführen. Es geht immer nur um Ideologie, selten um Sachverstand. Und wenn das einzige Konzept darin besteht, den Bürgern in die Tasche zu greifen, ist das zu wenig.

Zur Wahrheit gehört natürlich, dass alle Corona-Soforthilfen und alle Konjunkturprogramme eines Tages zurückgezahlt werden müssen. Die nächsten Generationen sind jetzt schon bis über beide Ohren verschuldet. Und niemand weiß, ob es nicht irgendwann wieder ein neues Virus gibt, das einen weiteren Stillstand verursacht. Konjunkturprogramme sind erforderlich, wenn man aber hört, dass wir mit neun Milliarden Euro die Lufthansa retten und dafür 26.000 Beschäftigte in die Arbeitslosigkeit schicken, kann einem nur übel werden.

Die Mehrwertsteuersenkung von 19 auf 16 bzw. sieben auf fünf Prozent, halte ich für den größten Blödsinn aller Zeiten. Allein die Kosten für das Umprogrammieren der Kassen sind erheblich, ein Aufwand für lediglich sechs Monate. Dass die Steuersenkung in vollem Umfange und überall beim Verbraucher ankommt, darf bezweifelt werden. Rund 1.000 Euro beim Kauf eines neuen Autos dadurch sparen zu können, klingt attraktiv. Aber, wer kauft jetzt ein neues Auto? Und wenn, werden die Händler jedem Kunden bis zur Schmerzgrenze entgegenkommen, nur um die Fahrzeuge vom Hof zu kriegen. Das einzige, was in dieser Zeit beruhigen kann, ist, dass es uns im Gegensatz zu anderswo sehr gut geht.

Ed Koch